

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Bundesfinanzgericht erkennt durch die Richterin MMag. Elisabeth Brunner über die Beschwerde vom 10.8.2017 der A***B***, vertreten durch Rechtsanwälte Mag. Boris Knirsch, Mag. Michael Braun, Mag. Christian Fellner, Rudolfsplatz 12, 1010 Wien, gegen die Bescheide des Magistrats der Stadt Wien

vom 18.7.2017 betreffend den Antrag auf Herabsetzung der Abwassergebühr für die Zeit vom 1.1.2014 bis 31.12.2014,

vom 19.7.2017 betreffend den Antrag auf Herabsetzung der Abwassergebühr für die Zeit vom 1.1.2015 bis 31.12.2015 und

vom 20.7.2017 betreffend den Antrag auf Herabsetzung der Abwassergebühr für die Zeit vom 1.1.2016 bis 31.12.2016

betreffend das Objekt Wien1234***, Abgabekontonummer 1234*** zu Recht:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Die ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Art 133 Abs 4 B-VG ist nicht zulässig.

Entscheidungsgründe

Verfahrensgang:

Die Beschwerdeführerin stellte mit Schreiben vom 22.12.2015 den Antrag auf Herabsetzung der Abwassergebühr für das Jahr 2014 sowie dessen Folgejahre. Mit E-Mail vom 29.4.2016 übermittelte die Beschwerdeführerin ein entsprechendes Sachverständigengutachten vom 28.4.2016, das eine Nichteinleitungsmenge von 1.714 m³ für die Liegenschaft berechnete.

Mit Schreiben vom 13.7.2016 wurde der Beschwerdeführerin die Stellungnahme der zuständigen Fachdienststelle, Magistratsabteilung 42 zur Kenntnis gebracht, wonach sich ab dem Kalenderjahr 2014 eine Nichteinleitungsmenge von 585 m³ ergeben habe. Diese werde dem Antrag auf Herabsetzung der Abwassergebühr ab dem Jahr 2014 und in den Folgejahren zugrunde gelegt. Informativ wurde der Beschwerdeführerin mitgeteilt, dass die

Bewässerungsmenge auch durch Aufzeichnungen eines privaten Subwasserzählers nachgewiesen werden könne.

Mit den angefochtenen Bescheiden vom 18.7.2017 (für die Zeit vom 1.1.2014 bis 31.12.2014), vom 19.7.2017 (für die Zeit vom 1.1.2015 bis 31.12.2015) und vom 20.7.2017 (für die Zeit vom 1.1.2016 bis 31.12.2016) wurde der gegenständliche Herabsetzungsantrag abgewiesen. Im Herabsetzungsverfahren habe sich eine Nichteinleitung (von 585 m³) ergeben, die die im Gesetz vorgegebene Mindestgrenze von 5 % der Bezugsmenge nicht überschritten habe.

In der dagegen erhobenen Beschwerde brachte die Beschwerdeführerin zusammengefasst vor, es werde von der Behörde in keiner Weise dargelegt, wie von dem im Akt erliegenden Sachverständigengutachten über die Nichteinleitungsmenge von 1.714 m³ auf die den Bescheiden jeweils zugrundeliegende Nichteinleitungsmenge von 585 m³ abgegangen werden solle. Bei der erkennbaren Begründung der Behörde, diese sei aus der am 1.9.2010 erlassenen ÖNORM L 1112 abzuleiten, handle es sich um eine Scheinbegründung. Diese Norm regle nur die Mindestanforderungen und habe mit der tatsächlich zur Bewässerung verwendeten Menge lediglich betreffend der technischen Faktoren Berücksichtigung zu finden, nicht jedoch beim absoluten Ausmaß der verwendeten Wassermenge.

Die Beschwerde wurde mit Beschwerdeverentscheidung vom 5.2.2021 als unbegründet abgewiesen. Die Beschwerdeverentscheidung wurde zusammengefasst damit begründet, dass sich aus dem Wortlaut des § 13 Abs 1 KKG unzweifelhaft ergebe, dass der Abgabepflichtige für den Umfang der Nichteinleitungsmenge nachweispflichtig sei. Die Überprüfung und Berechnung aller in Wien beantragter und mittels Gutachten nachgewiesener Bewässerungsmengen erfolge ab dem Kalenderjahr 2012 neu unter Zugrundelegung der ÖNORM L 1112. Diese beinhalte den Stand der Technik und des Wissens für erforderliche Bewässerungsmengen und gewährleiste daher eine fundierte, neutrale und allgemein gültige Ermittlung für den langjährig erforderlichen Bewässerungsbedarf im Sinne einer effizienten Nutzung der Wasserressourcen. In der Stellungnahme des Amtssachverständigen der Magistratsabteilung 42 werde eine fundierte und neutrale Schätzung der Bewässerungsmengen vorgenommen. Zur Hilfestellung bei der Plausibilitätsprüfung werde festgehalten, dass der durchschnittliche Gesamtverbrauch pro Person und Tag nach den Erfahrungswerten der Magistratsabteilung 31 bei 130 Litern Wasser liege. Angesichts der 399 auf der Liegenschaft gemeldeten Personen ($399 \times 130 \text{ Liter} \times 365 = 18.935,55 \text{ m}^3$) und des Gesamtwasserverbrauches (Bezugsmenge) im Kalenderjahr 2014 von 17.273 m³, im Kalenderjahr 2015 von 17.815 m³ und im Kalenderjahr 2016 von 17.799 m³ erscheine eine Nichteinleitungsmenge von 1.714 m³ nicht realistisch. Den Nachweis einer die Mindestgrenze von 5 % der Bezugsmenge übersteigenden Nichteinleitungsmenge habe die Beschwerdeführerin nicht erbringen können.

Die Beschwerdeführerin stellte den Antrag auf Vorlage der Beschwerde an das Bundesfinanzgericht. Ergänzend führte die Beschwerdeführerin darin aus, die belangte Behörde habe kein Ermittlungsverfahren durchgeführt, sondern Willkür geübt. Soweit ersichtlich sei, stütze sich der angefochtene Bescheid auf das Schreiben der Magistratsabteilung 42 vom 13.7.2016, welches im Akt erliege, der Beschwerdeführerin aber nicht zur Stellungnahme übermittelt worden sei. Bescheide seien gemäß § 58 Abs 2 AVG zu begründen, wenn dem Standpunkt der Partei nicht vollinhaltlich Rechnung getragen werde. In der Begründung seien gemäß § 60 AVG die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens, die bei der Beweiswürdigung maßgebenden Erwägungen sowie die darauf gestützte Beurteilung der Rechtsfrage zusammenzufassen. Der Bescheidadressat müsse über die von der Behörde getroffenen Erwägungen, von denen sie sich bei ihrer Entscheidung habe leiten lassen, ausreichend nachvollziehbar rechtzeitig informiert werden, damit dieser in der Lage sei, sie eventuell zu entkräften und Gegenargumente vorzubringen und dürfe sohin nicht von der neueren Rechtsansicht überrascht werden. Die Beschwerdeführerin habe sich darauf verlassen dürfen, dass das von ihr vorgelegte Sachverständigengutachten weiterhin zum Nachweis der Nichteinleitungsmenge gereiche. Die Beschwerdeführer sei sohin von der belangten Behörde in die Irre geführt worden. Der Grundsatz von Treu und Glauben, die Rechtssicherheit und der damit einhergehende Vertrauensschutz verpflichteten die Behörde, ihre öffentlich geäußerte Rechtsauskunft beizubehalten und dementsprechend die Herabsetzung der Gebührenschild zu bewilligen. Darüber hinaus sei die Beschwerdeführerin in ihrem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz sowie dem Grundrecht auf Eigentum und dem Grundsatz der Rechtssicherheit, einem Kerngehalt des Rechtsstaatsprinzips verletzt.

In der am 11.12.2024 durchgeführten mündlichen Verhandlung vor dem Bundesfinanzgericht verwiesen die Parteien im Wesentlichen auf ihr bisheriges Vorbringen. Der Vertreter der Beschwerdeführerin beantragte der Beschwerde Folge zu geben.

Über die Beschwerde wurde erwogen:

Strittig sind im Beschwerdeverfahren die Abwassermengen, die nicht in den öffentlichen Kanal gelangt sind.

Nachstehender **Sachverhalt** steht fest:

Die Beschwerdeführerin ist Eigentümerin der Liegenschaft in Wien1234***.

Die für diese Liegenschaft von der öffentlichen Wasserversorgung bezogenen Wassermengen betragen in den gegenständlichen Streitzeiträumen:

2014	17.273 m ³
2015	17.815 m ³

2016	17.799 m ³
------	-----------------------

Die in den Streitzeiträumen nicht in den Kanal eingeleitete Abwassermengen (Nichteinleitungsmenge) betragen pro Kalenderjahr 585 m³.

Für die Ermittlung der nicht in den Kanal eingeleitete Abwassermengen waren keine Subzähler eingebaut.

An der gegenständlichen Wohnanlage bestehen 170 Wohnungseinheiten mit 399 mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen; die Rasenflächen umfassen in Summe rund 3.720 m².

Beweiswürdigung:

Die bezogenen Wassermengen sind unstrittig. Ebenso unstrittig sind die Rasenflächen, sowie die Anzahl der Wohneinheiten und die Anzahl der mit Hauptwohnsitz an dieser Adresse gemeldeten Personen.

Die festgestellte nicht in den Kanal eingeleitete Abwassermenge von 585 m³ ergibt sich aus dem schlüssigen und nachvollziehbaren Gutachten des Amtssachverständigen der Magistratsabteilung 42.

Dieser hat nach einer am 29.6.2016 vorgenommen Erhebung vor Ort unter Zugrundelegung der ÖNORM L 1112 über die „Anforderungen an die Bewässerung von Grünflächen“ eine Berechnung durchgeführt, nach der die Nichteinleitungsmenge pro Kalenderjahr von 585 m³ wie folgt festgestellt wurde:

Pos	Bezeichnung der Anlage im Detail	A	B	C	D	E	F
1	Rasenfläche	3.202 m ²	0 %	102,5 l	266,38 m ³	5 %	328,17 m ³
2	Rasenfläche Mietergärten	335 m ²	0 %	102,5 l	27,86 m ³	5 %	34,32 m ³
3	Rasenfläche	186 m ²	0 %	65,5 l	15,51 l	-5%	12,23 m ³
4	Topfpflanzen < 25 l	121 Stk	0 %	500 l	60,50 m ³	0 %	60,50 m ³
5	Topfpflanzen > 25 l	45 Stk	0 %	900 l	40,50 m ³	0 %	40,50 m ³
6	Trogbepflanzungen	13 m ²	0 %	1.600 l	20,80 m ³	0 %	20,80 m ³
7	Wohnungseinheiten	170	0 %		88,40 m ³		88,40 m ³
					520 m³		585 m³

A = Flächenausmaße oder Anzahl

B = Bewertung des Erhaltungszieles, Zu- und Abschläge

C = Bewässerungsbedarf (Liter je m² oder Stück)

D = Wert lt. ÖNORM L 1112

E = Summe Sonstige Zu- und Abschläge

F = Jahreswasserbedarf (unter Berücksichtigung der tatsächlichen Situation inkl. Zu und Abschläge)

Bei einer ÖNORM handelt es sich um eine unverbindliche Empfehlung des Normungsinstitutes, der nur dann normative Wirkung zukommt, wenn sie der Gesetzgeber als verbindlich erklärt. Das Fehlen einer solchen normativen Wirkung einer ÖNORM hindert jedoch nicht, dass diese als einschlägiges Regelwerk und objektiviertes, generelles Gutachten von einem Sachverständigen als Grundlage in seinem Gutachten etwa für die Beurteilung des Standes der Technik herangezogen werden kann (vgl dazu VwGH 26.06.2013, 2012/05/0187). Wie von der belangten Behörde unwidersprochen in der Beschwerdeentscheidung ausgeführt, wurde die Vorgangsweise und die Umsetzung der ÖNORM durch die Amtssachverständigen vom Austrian Standards Institute im Rahmen einer Besprechung am 19.8.2014 allgemein als ÖNORM-konform zuerkannt. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Ermittlung der Nichteinleitungsmenge durch den Amtssachverständigen der Magistratsabteilung 42 dem Stand der Technik entsprach und die Gegebenheiten realistisch abbildete.

Das Ermittlungsergebnis des Amtssachverständigen wurde der Beschwerdeführerin mit Schreiben vom 13.7.2016 nachweislich am 18.7.2016 zugestellt und liegt den angefochtenen Herabsetzungsbescheiden zugrunde.

Dem steht ein von der Beschwerdeführerin im Zuge des Verfahrens vorgelegtes Sachverständigengutachten vom 28.4.2016 gegenüber, wonach sich eine Nichteinleitungsmenge von jährlich (gerundet) 1.714 m³ wie folgt ergibt:

Pos. 1	Allgemeine Grünflächen	3.201,64 m ²			964,10 m ³
Pos. 2	Private Grünflächen	334,82 m ²			136,98 m ³
Pos. 3	Sonstige Grünflächen	186,45 m ²			17,32 m ³
Pos. 4	Kübelpflanzen < 25 l	508 Stk	x 200 Wassergaben	x 2,5 dm ³	254,00 m ³
Pos. 5	Kübelpflanzen > 25 l	119 Stk	x 200 Wassergaben	x 6 dm ³	107,10 m ³
Pos. 6	Einzelbaumscheiben	26	x 200 Wassergaben	x 200 dm ³	145,60 m ³
Pos. 7	Wohnungseinheiten	170	x 52 Wochen	x 10,00 dm ³	88,40 m ³
					1.713,50 m ³ = 1.714 m³

In dem Gutachten der Beschwerdeführerin wurde bei der Bewässerung der Rasenfläche mit einer Wassermenge von 964,10 m³ ein deutlich höherer Wert herangezogen als vom Amtssachverständigen ermittelt wurde (328,17 m³). In der Begründung dazu wurde im Gutachten der Beschwerdeführerin ua auf „die verifizierbaren und überprüften Aussagen der zuständigen Auskunftspersonen vor Ort“ und die „individuellen Bewässerungsgepflogenheiten unter Berücksichtigung des Betriebsdrucks der Zuleitung sowie der Art der Bewässerung (z. B. automatisches Bewässerungssystem, Zeit der Bewässerungsdurchführung, Dauer der Erhebungen)“ Bezug genommen, ohne dies näher auszuführen bzw zu belegen. Welche Zuschlagsfaktoren sich allenfalls daraus ergeben hätten, wird weder im Gutachten noch sonst im Beschwerdeverfahren nachvollziehbar dargetan. Nach der ÖNORM L 1112 wäre aber für sämtliche Zu- und Abschlagsfaktoren eine nachvollziehbare Begründung beizulegen (ÖNORM Tabelle A.2). Die diesbezüglichen Ausführungen bleiben somit auf Behauptungsebene und können nicht nachvollzogen werden.

Gegen das dargelegte Ergebnis der Nichteinleitungsmenge von 1.714 m³ pro Jahr spricht auch die von der belangten Behörde ins Treffen geführte Plausibilitätsprüfung, die von einem durchschnittlichen Wasserverbrauch in Österreich pro Person und Tag von 130 Liter ausgeht.

Dieser durchschnittliche Wasserverbrauch von 130 Liter ist zB auch der Homepage des Bundesministeriums Land- und Forstwirtschaft Regionen und Wasserwirtschaft zu entnehmen (<https://info.bml.gv.at/themen/wasser/wasser-oesterreich/zahlen/trinkwasserverbrauch.html>, abgefragt am 3.12.2024).

Wasserverbrauch in Haushalten	Liter/ EinwohnerIn/ Tag	in Prozent
Wasserhahn in Bad, WC, Küche, etc.	35	27
WC	33	25
Dusche	25	19
Waschmaschine	13	10
Außenbereich Pflanzen, etc.	12	9
Außenbereich Pool	6	5
Badewanne	4	3
Geschirrspüler	2	2
GESAMT	130	100

Zieht man von 130 Liter den „Außenbereich Pool“ (6 Liter) ab, ergibt sich daraus ein durchschnittlicher Wasserverbrauch pro Person und Tag von 124 Liter.

An der gegenständlichen Liegenschaft sind 399 Personen mit Hauptwohnsitz gemeldet. Unter Annahme des durchschnittlichen Wasserverbrauchs von 124 Liter ergibt das jährlichen Wasserverbrauch von 18.058,74 m³ für die gesamte Liegenschaft.

Die gesamte Wasserbezugsmenge betrug nämlich, wie unstrittig festgestellt im Jahr 2014 insgesamt 17.273 m³, im Jahr 2015 insgesamt 17.815 m³ und im Jahr 2016 insgesamt 17.799 m³.

Daraus ergibt sich - schon ohne Berücksichtigung von für die Bewässerung von Grünflächen etc. verbrauchtes und nicht in den Kanal eingeleitetes Wasser - ein Gesamtwasserverbrauch pro Person und Tag von 118,6 Liter im Jahr 2014; 122,33 Liter im Jahr 2015 und 122,21 Liter im Jahr 2016. Das liegt geringfügig unter dem durchschnittlichen jährlichen Wasserverbrauch von 124 Liter.

Reduzierte man diesen Wert noch um die von der Beschwerdeführerin behauptete Nichteinleitungsmenge von 1.714 m³ reduzierte sich Wasserverbrauch pro Person noch weiter unter den Durchschnittswert (2014: auf 107 Liter; 2015: auf 110 Liter; 2016: auf 110 Liter). Ein derart noch deutlich niedrigerer Wasserverbrauch pro Person und Tag erscheint nicht plausibel und ist nicht schlüssig nachvollziehbar.

In Bezug auf die Plausibilitätsprüfung führte die Beschwerdeführerin aus, es gehe daraus nicht hervor, ob sich an der Liegenschaft tatsächlich 399 Personen aufgehalten hätten. Dies sei nicht belegt. Eine abweichende Anzahl an tatsächlich aufhältigen Personen an der Liegenschaft habe erhebliche Auswirkungen auf die Plausibilitätsprüfung.

Dem ist insoweit beizupflichten, als dass die tatsächliche Anzahl der Personen an der Liegenschaft erhebliche Auswirkungen auf das Ergebnis der Plausibilitätsprüfung hat. Es erscheint dem Bundesfinanzgericht jedoch nicht unschlüssig, bei der Ermittlung der Personenanzahl - wie von der Vertreterin der belangten Behörde ins Treffen geführt - auf Abfragen des zentralen Melderegisters (ZMR) zurückzugreifen. Es ist zwar möglich, dass sich ein Teil dieser Personen trotz ZMR-Hauptwohnsitzmeldung an der Liegenschaft tatsächlich regelmäßig woanders aufhielt, es wurden jedoch von der Beschwerdeführerin keine konkreten Anhaltspunkte für diesen Umstand ins Treffen geführt. Auch aus dem Verwaltungsakt ergibt sich kein derartiger Anhaltspunkt.

Wie bereits festgestellt, erscheint dem Bundesfinanzgericht somit die von der Magistratsabteilung 42 ermittelte und von der belangten Behörde herangezogene Nichteinleitungsmenge von 585 m³ pro Jahr auch plausibel.

Daher wird von einer nicht in den Kanal eingeleiteten Abwassermenge von (Nichteinleitungsmenge) von 585 m³ pro Kalenderjahr ausgegangen.

Rechtlich folgt daraus:

Das Gesetz über den Betrieb und die Räumung von Kanalanlagen und über die Einhebung von Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen (Kanalräumungs- und

Kanalgebührengesetz - KKG), LGBl Nr 02/1978 in der geltenden Fassung, regelt in seinem Abschnitt II die Abwassergebühr.

Nach § 11 Abs 1 KKG unterliegt der Gebührenpflicht die unmittelbare oder mittelbare Einleitung von Abwässern von innerhalb der Stadt Wien gelegenem Grundbesitz in einen öffentlichen Straßenkanal.

Die Abwassergebühr ist gemäß § 11 Abs 2 KKG nach der Menge des abgegebenen Abwassers zu bemessen und mit einem Betrag je Kubikmeter festzusetzen.

Die Abwassermenge wird gemäß § 12 Abs 1 Z 1 KKG derart ermittelt, dass die von der öffentlichen Wasserversorgung bezogene, nach § 11 des Wasserversorgungsgesetzes 1960, LGBl für Wien Nr 10/1960, in der jeweils geltenden Fassung, ermittelte Wassermenge in den öffentlichen Kanal als abgegeben gilt.

§ 13 Abs 1 KKG idF LGBl für Wien Nr 2/1978 lautet wie folgt:

„Für nach § 12 Abs. 1, 2 und 4 festgestellte Abwassermengen, die nicht in den öffentlichen Kanal gelangen, ist über Antrag die Abwassergebühr herabzusetzen, wenn die im Kalenderjahr oder in einem kürzeren Zeitraum nicht eingeleiteten Abwassermengen 5 vH der für diesen Zeitraum festgestellten Abwassermengen, mindestens jedoch 100 Kubikmeter, übersteigen und die Nichteinleitung durch prüfungsfähige Unterlagen nachgewiesen wird. Der Antrag ist bei sonstigem Anspruchsverlust für in einem Kalenderjahr oder in einem kürzeren Zeitraum nicht eingeleitete Wassermengen bis zum Ende des folgenden Kalenderjahres einzubringen.“

Nach § 13 Abs 1 KKG idF LGBl für Wien Nr 39/2016 (in Kraft getreten mit 28.9.2016) gilt Folgendes:

„Für nach § 12 Abs. 1, 2 und 4 festgestellte Abwassermengen, die nicht in den öffentlichen Kanal gelangen, ist über Antrag die Abwassergebühr herabzusetzen, wenn die im Kalenderjahr oder in einem kürzeren Zeitraum nicht eingeleiteten Abwassermengen 5 vH der für diesen Zeitraum festgestellten Abwassermengen, mindestens jedoch 100 Kubikmeter, übersteigen und
1. der Nachweis der nicht in den öffentlichen Kanal gelangenden Abwassermengen (zB für die Bewässerung von Grünflächen, für Produktionszwecke) durch den Einbau geeichter Wasserzähler (Subzähler) erbracht wird. Diese Subzähler sind vom Gebührensschuldner bzw. von der Gebührensschuldnerin auf seine bzw. ihre Kosten durch einen dazu befugten Gewerbetreibenden bzw. eine dazu befugte Gewerbetreibende einbauen zu lassen, zu warten und instand zu halten.

2. der Nachweis der nicht in den öffentlichen Kanal gelangenden Abwassermengen bei Schäden an der Verbrauchsanlage durch prüfungsfähige Unterlagen (zB Arbeitsbestätigung oder Rechnung einer Installationsfirma) vom Gebührensschuldner bzw. der Gebührensschuldnerin erbracht wird.“

Wie der Verwaltungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 24. Mai 1985 (VwGH 24.5.1985, 85/17/0008) festgestellt hat, handelt es sich bei der Berechnungsvorschrift des § 12 Abs 1 KKG (arg.: „gelten“ ... „gilt“) dem Anschein nach um eine der Vereinfachung der Ermittlung der Gebührenhöhe dienende Fiktion. Zu ihrer Korrektur im Sinne des Gebührentatbestandes und zur Vermeidung eines gleichheitswidrigen Ergebnisses seien ihr Regeln an die Seite gestellt, die es erlaubten, auf Fälle Rücksicht zu nehmen, in denen die in die öffentlichen Kanäle abgeleiteten Abwassermengen geringer seien als die der öffentlichen Wasserversorgung oder einer Eigenwasserversorgung entnommenen Wassermengen. Der Nachweis hierfür werde in diesen Regeln dem Gebührenpflichtigen auferlegt, womit sich die Fiktion in Wahrheit als widerlegbare Rechtsvermutung erweise.

Stellt das Gesetz für eine Tatsache eine Vermutung auf, so bedarf diese gemäß § 167 Abs 1 BAO keines Beweises. Die Führung des Gegenbeweises liegt jedoch nach der Anordnung des Gesetzes (vgl § 13 Abs 1 erster Satz KKG) beim Abgabepflichtigen. Nicht der Abgabenbehörde, sondern dem Abgabepflichtigen ist die Beweislast auferlegt und es schlägt auch zum Nachteil der betreffenden Partei aus, wenn der Gegenbeweis nicht zu erbringen ist (vgl VwGH 29.9.1992, 89/17/0181).

Ob dieser Nachweis erbracht ist oder nicht, unterliegt gemäß § 168 Abs 2 BAO der freien Beweiswürdigung. Danach hat die Abgabenbehörde unter sorgfältiger Berücksichtigung der Ergebnisse des Abgabenverfahrens nach freier Überzeugung zu beurteilen, ob eine Tatsache als erwiesen anzunehmen ist oder nicht.

Wie bereits im Rahmen der Beweiswürdigung ausgeführt, erscheint die von der Magistratsabteilung 42 ermittelte Nichteinleitungsmenge, in deren Rahmen im beschwerdegegenständlichen Jahr 2016 ein Lokalausguss durchgeföhrt wurde, der Realität durchaus zu entsprechen. Das von der Beschwerdeföhrerin eingebrachte Gutachten ist hingegen - wie ebenfalls im Rahmen der Beweiswürdigung dargelegt wurde - mangels Schlüssigkeit und Nachvollziehbarkeit nicht dazu geeignet, das Ermittlungsergebnis der Magistratsabteilung 42, das von der belangten Behörde herangezogen wurde, zu widerlegen.

Im Übrigen ist seit dem 28.9.2016 der Nachweis der nicht in den öffentlichen Kanal gelangenden Abwassermengen durch den Einbau geeichter Wasserzähler (Subzähler) zu erbringen, womit ab diesem Zeitpunkt dem von der Beschwerdeföhrerin vorgelegten Gutachten auch deshalb keine Beweiskraft mehr zukommt.

Auch mit dem Hinweis auf den Grundsatz von Treu und Glauben vermag die Beschwerdeföhrerin nicht eine Rechtswidrigkeit der bekämpften Bescheide aufzuzeigen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes schützt der Grundsatz von Treu und Glauben nicht ganz allgemein das Vertrauen des Abgabepflichtigen auf die Rechtsbeständigkeit einer allenfalls auch unrichtigen abgabenrechtlichen Beurteilung für die Vergangenheit (vgl etwa VwGH 27.6.2018, Ra 2016/15/0075, Rz 28). Der Grundsatz von Treu

und Glauben zeitigt nur insoweit Auswirkungen, als das Gesetz der Vollziehung einen Vollzugsspielraum einräumt (vgl etwa VwGH 27.04.2017, Ra 2015/15/0007, Rz 14).

Im Hinblick darauf, dass die Vorgangsweise der belangten Behörde für die Zeiträume bis zur Gesetzesänderung im Jahr 2016 als gesetzeskonform anzusehen ist und gegenüber allen Wasserabnehmern in gleicher Weise vorgegangen wurde, kann darin keine Verletzung des Rechtes auf Gleichheit vor dem Gesetz erkannt werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus ohne begründende Ausführungen geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken wird auf die Aussagen des Verfassungsgerichtshofs im Erkenntnis vom 25.11.1983, B 13/80, verwiesen, wonach er keine Bedenken gegen § 13 Abs 2 KKG im Hinblick auf Art 18 B-VG und das Gleichheitsgebot hat.

Zur Unzulässigkeit der Revision

Gegen ein Erkenntnis des Bundesfinanzgerichtes ist die Revision zulässig, wenn sie von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes nicht einheitlich beantwortet wird.

Im Beschwerdefall liegt keine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung vor. Über die zu beurteilende Rechtsfrage der Nachweispflicht für die nicht in den öffentlichen Kanal eingeleiteten Abwassermenge wurde im Sinne der oben wiedergegebenen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs entschieden. Im Übrigen hängt der Beschwerdefall von der Lösung nicht über den Einzelfall hinausgehenden Sachverhaltsfragen ab. Tatfragen sind kein Thema für eine ordentliche Revision. Eine ordentliche Revision ist daher nicht zuzulassen.

Die Beschwerde ist daher gemäß § 279 BAO abzuweisen.

Wien, am 13. Jänner 2025